

Ständerat kippt Widerrufsrecht

ONLINE-SHOPPING Gestern hat der Ständerat überraschend bei Internetkäufen ein Widerrufsrecht abgelehnt. Dieses wird nur Kunden gewährt, die via Telefon kaufen.

Das Parlament tut sich schwer mit dem Konsumentenschutz. Überraschend ist der Ständerat gestern auf einen früheren Entscheid zurückgekommen und hat ein allgemeines Widerrufsrecht für Internetkäufe abgelehnt. Jetzt ist das Schicksal der Vorlage in der Schwebe.

Sie geht zurück auf eine Initiative des ehemaligen Neuenburger SP-Ständerats Pierre Bonhôte aus dem Jahr 2006. Er forderte, das heute nur für Haustürgeschäfte geltende Widerrufsrecht auf Telefonverkäufe auszuweiten.

Der Entwurf, den die Ständeratskommission daraufhin aus-

arbeitete, sah aber ein Widerrufsrecht sowohl für den Telefon- wie auch für den Onlinehandel vor. Ein Widerrufsrecht nur für den Telefonverkauf wäre wie ein Fernmeldegesetz, das einzig die Kommunikation mit Brieftauben regle, sagte Raphaël Comte (FDP, NE) gestern im Ständerat.

Dazu kommt, dass sich Telefonie und Internet in Zeiten von Skype und Whatsapp nicht mehr voneinander abgrenzen lassen. Und nicht zuletzt haben EU-Bürger seit Juni auch bei Internetkäufen ein allgemeines Widerrufsrecht von 14 Tagen. Es galt, die Diskriminierung von Schweizer Kunden zu verhindern.

All dies bewog den Ständerat bei der ersten Beratung dazu, einer ans EU-Recht angelehnten Schweizer Regelung zuzustimmen. Der Nationalrat lehnte dies in der Herbstsession jedoch ab, wenn auch knapp. Die Mehrheit

war der Ansicht, dass Kunden bei Käufen im Internet – anders als am Telefon oder an der Haustür – nicht überrumpelt werden könnten.

Die Ständeratskommission empfahl dem Rat trotzdem, am früheren Beschluss festzuhalten. Angesichts des knappen Entscheids im Nationalrat schien ein Widerrufsrecht für den Onlinehandel durchaus in Reichweite. Ohne neue Erkenntnisse oder Argumente hat der Ständerat nun aber anders entschieden: Mit 24 zu 17 Stimmen beschloss er, das 14-tägige Widerrufsrecht nur bei Käufen am Telefon zu gewähren.

Es gebe keinen Grund, jeden «Unsinn» mitzumachen, den die EU beschliesse, meinte etwa Felix Gutzwiller (FDP, ZH). Und Thomas Minder (parteilos, SH) plädierte dafür, das Thema dem freien Markt zu überlassen. *sda*